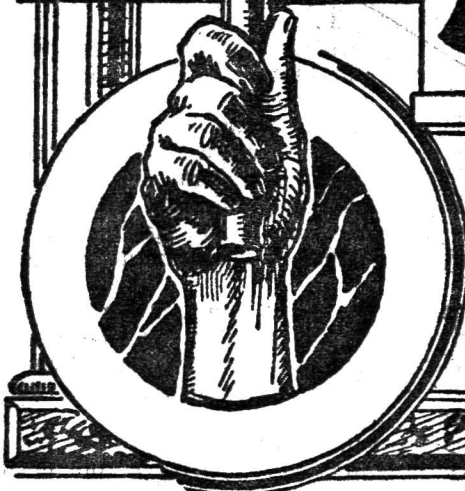


Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von zwei Nummern ab 60 Pfg.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. für die gespaltene Beilage oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 4.

Sonnabend, den 23. Januar 1904.

8. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Dresden. Die Granitsteinmengen der Firma Stein befinden sich im Ausstand.

Königsbrück. Die hiesigen Kollegen wurden wegen Organisationszugehörigkeit teilweise entlassen. Unterhandlungen sind eingeleitet.

Nach beiden Orten ist Zuzug streng fernzuhalten.

Ueberlingen und Radolfzell bei Konstanz. Zuzug nach hier ist wegen Lohnreduktion streng fernzuhalten.

Morschach (Schweiz). Die Sperre über den Platz Luz ist aufgehoben. Luz hat allen Forderungen der Arbeiter entsprochen und eine Entschädigung von 200 Franken bezahlt.

Der Klassenkampf der Arbeit im Jahre 1903. Ein Kampfsjahr in Deutschland.

Das Jahr 1903 gehört nach seiner wirtschaftlichen Struktur zweifellos zu den kritischen Jahren, obwohl es bereits erfreuliche aufsteigende Tendenzen bemerken ließ. Der Tiefpunkt der Krise in Deutschland lag etwa in die Mitte des Jahres 1902, wie dies insbesondere die Statistik des Arbeitsmarktes verdeutlicht. Von da ab setzt die Besserung der Arbeitsgelegenheit ganz langsam ein, die, sofern sie nicht neuen Schwankungen unterworfen ist, den Beginn einer günstigeren Konjunktur kennzeichnet. Es ist aber eben nur der Beginn einer solchen, die erste Ueberwindung des ärgsten Sturzes und darum noch lange kein Aufschwung. Dieser wird wohl noch mehr als um Jahresfrist auf sich warten lassen, zumal sich in andern Ländern die Krise noch im Ausbreiten befindet und die Rückwirkungen davon auf den deutschen Arbeitsmarkt kaum ausbleiben werden. Das verfloßene Jahr zeichnet sich weder durch starke wirtschaftliche Erschütterungen, noch durch einflussreiche Gründungen aus; erst gegen den Jahreschluss hin war im Bankwesen und in der Elektrizitätsindustrie eine Bewegung zu stärkerem Zusammenschluss zu verzeichnen. Es war recht und schlecht ein Jahr der Stagnation, von dem nur zu hoffen ist, daß es bald das letzte der gegenwärtigen Krise sein werde, denn allein schon die Arbeitslosigkeit legt der Arbeiterklasse ungeheure Entbehrungen und Opfer auf, und nicht minder schwer wiegen die durch ungenügende Beschäftigung und Lohnmangel hervorgerufenen Lohnverluste. Vier unglückliche Jahre räumen gewaltig unter den geringen Möglichkeiten der Arbeiter auf und erzeugen einen pessimistischen Geist, der nur an dem erstarkenden Wirken der Arbeiterorganisationen eine Grenze findet.

Die letzteren haben sich mehr denn je zuvor als beste Stütze der Arbeiter erwiesen, vor allem gegenüber der Arbeitslosigkeit. Was haben Reich, Staat und Gemeinden zugunsten der Milderung des Arbeitslosenlebens getan? Die im Vorjahr so breit auftretende Staatshilfe ließ fast nichts mehr von sich hören und die Arbeitslosenversicherung macht die Reichsregierung nur als fernes Zukunftsproblem, das erst diskutabel wird, wenn die Krise vorüber ist. Nur in Leipzig und München ist man ohne wesentlichen Erfolg dieser Frage näher getreten. Die Gewerkschaften, denen man das Verlangen staatlicher Beihilfen zur Arbeitslosenversicherung als ungläubliche Annahme verübelte, waren wiederum die einzigen Organe, welche praktisch mit bedeutenden Opfern die Arbeitslosen unterstützten. Die Million Mark, die sie im Jahre 1902 für Reise- und Arbeitsunterstützung verausgabten, dürften im Berichtsjahre infolge der Neueinführung der Arbeitslosenunterstützung in verschiedenen Verbänden erheblich überschritten sein. Konnte damit auch nur der kleinste Teil des Elends der Arbeitslosigkeit gelindert werden, so muß doch die Opferwilligkeit der Arbeiterklasse gegenüber den Schäden der verkehrten Gesellschaftsordnung die Regierung im Reiche der Sozialreform aufs tiefste beschämen.

Die Arbeiterorganisationen waren es auch, die die Arbeiter gegen allzu starken Lohnmangel der Unternehmerklasse schützten. Es ist nicht Zufall, daß die Arbeitgeber weit seltener und zaghafter, als in früheren Krisen, die Löhne reduzierten; es ist dies die Wirkung der stärkeren Gewerkschaften, die gegenüber 1890-94 die dreifache Mitgliederzahl und die fünf- bis sechsfache Finanzkraft aufweisen und

heute ganz anders als damals für ihre Angehörigen eintreten können. Mehr als 800 000 Arbeiter gehören den modernen Zentralverbänden an, während zirka 300 000 in andern Organisationen zersplittert sind, die sich heute noch in der Veranlassung gegensätzlicher Rundgebungen gegen die modernen Gewerkschaften und in regierungstreuen Bittgängen gefallen, während sie bereits mit einem Fuße im Schlachtfelde des Klassenkampfes stehen. Die Gewerkschaften sind für das Unternehmertum ein sehr realer Faktor geworden, den sie zumeist unbequem empfinden und gegen den sich vor allem der Born der kapitalistischen Selbstherrschler kehrt. Kein Jahr war so reich an umfangreichen Massenausparungen, wie das verfloßene, und wie ein roter Faden zieht sich durch dieses das Bestreben der Unternehmer, die Gewerkschaften durch Riesenwunden weiß zu bluten. Das Vorbild wurde an der Unteroefen von den dortigen Werften und der Millionenfirma Norddeutscher Lloyd gegeben, welche letztere selbst vor der flagranten Ungefährlichkeit nicht zurückblieb, ihre Arbeiter des Koalitionsrechts zu berauben. In bunter Reihe folgten dann die Aussparungen in Herlorn, Bremen, Pirmasens, Kassel, Dresden, Köln und andern Städten. In Berlin leiteten sich die Kühnheiten ebenfalls eine Massenausparung, und die Ofenfabrikanten dehnten diese Laktik gleich über das Löffergewerbe im ganzen Reich aus. Den Höhepunkt dieser Kämpfe bildet die Aussparung der Textilarbeiter in Grimmitzschau, die den Rehnstundentag gefordert hatten und dafür seitens der Textilindustriellen als Schlachtopfer aussersehen wurden, um der Arbeiterklasse ein für allemal die Neigung zu Beunruhigungen der Industrie mit sozialpolitischen Forderungen gründlich auszutreiben. Der seit mehr als fünf Monaten währende Kampf wurde durch das beispiellose Ungeschick der sächsischen Behörden und Regierung zu einem innerpolitischen Ereignis ersten Ranges entwickelt und hat die Solidarität der Arbeiterklasse zu Leistungen angespornt, die wenig hinter denen für den 1896er Hamburger Hafenarbeiterstreik zurückbleiben. Nun, der Kampf ist jetzt beendet, zweifellos übt derselbe einen nachhaltigen Einfluß auf die Befestigung zugunsten des allgemeinen Rehnstundentags für die Arbeiterinnen aus, dessen Einführung auch den erwachsenen männlichen Arbeitern aller gemischten Betriebe zugute kommen wird. Die Reichsregierung, die durch ihre unverantwortliche Verzögerung dieser seit Jahren vom Reichstag geforderten Reform diesen Klassenkampf verschuldet hat, wird es kaum auf ein zweites „Grimmitzschau“ ankommen lassen.

Hat die gewerkschaftliche Organisation sich im Kampf mit der Wirtschaftskrise und mit den Arbeitgeberverbänden bewährt und allen Anfeindungen zum Trotz Fortschritte aufzuweisen, die von gesunder Entwicklung zeugen, so war für die genossenschaftliche Arbeiterbewegung, deren Mittelpunkt die Konsumvereine bilden, das Jahr 1903 der Beginn ihrer Selbständigkeitsperiode. Die in Kreuznach aus dem Allgemeinen Verband der Wirtschaftsgenossenschaften ausgegliederten Konsumvereine evolutionistische Richtung anwandelten mit gleichnamigen Vereinen den Zentralverband deutscher Konsumvereine und schufen sich damit die freie Bahn für die soziale Entwicklung des Genossenschaftswesens, unbehindert durch Interessen absterbender Massen. Welche Aufgaben der neuen konsumgenossenschaftlichen Zentralisation harren, zeigt ein Blick auf die Entwicklung des englischen Genossenschaftswesens, das nahezu 40 000 Arbeiter im Jahre 1901 in der Eigenproduktion beschäftigte und für 263 Millionen Mark Waren selbst erzeugte. Es ist klar, daß an einer solchen Wirtschaftsorganisation auch die Gewerkschaftsbewegung einen starken Rückhalt gewinnen muß und daß das gewerkschaftliche Interesse gebietet, dieselbe zu fördern, was namentlich auch in größerem Maße durch die Zuführung von Kapitalien, die bisher fast ausschließlich durch kapitalistische Banken die private Ausbeutung befruchteten, geschehen kann.

Wen soll ich in den Vorstand wählen?

Diese Frage dürfte wohl überall denkenden Mitgliedern anlässlich der diesjährigen Wahlzeit stattfindenden Neuwahlen beschäftigen. Obgleich dies nicht mit Unrecht, denn der Vorstand der Mitgliedschaft soll auf die Zeitdauer eines Jahres nicht nur die Geschäfte der Mitgliedschaft leiten, bestrebt sein, die Versammlungen stets interessant und belehrend zu gestalten, sondern er soll auch die ganze Bewegung am Orte leiten und neu beleben, Agitation entfalten und die der

Organisation fernstehenden Kollegen von der Notwendigkeit, sich derselben anzuschließen, aufklären.

Ein wachsameres Auge soll er auch haben über alle Vorkommnisse innerhalb der Zahlstelle, nämlich, ob die Unternehmer die gesetzlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung, dann die Unfallverhütungsvorschriften, die Bundesratsverordnung usw. einhalten. Ebenso soll er sein Augenmerk darauf richten, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Kollegen am Orte nicht verschlechtert, sondern wo sich irgend eine Gelegenheit dazu bietet, verbessert werden. Der Vorstand einer Mitgliedschaft hat also vielmehr Pflichten, als hier aufgeführt werden können, und er soll dieselben nicht schablonenhaft herunterleiern, sondern mit Verständnis, Mut und Entschlossenheit, oft auch mit Bedacht arbeiten und handeln, stets das Wohl der Körperschaft, zu deren Leitung er bestellt ist, und ihrer Mitglieder im Auge haben. Nicht am Bierisch, beim Karten- oder Würfelspiel, oder auf dem Tanzsalon können diese Geschäfte erledigt werden, sondern da heißt es, mit gesundem Verstandem zu arbeiten. Wenn also das Amt der Vorstandsmitglieder ein so ungemein wichtiges ist, wen wählen wir dann?

Natürlich nur die fähigsten Mitglieder, die es wirklich ernst meinen mit der Organisation. Gatten wir bisher einen tüchtigen Vorstand, und dessen Mitglieder sind noch nicht amtsüde (was leider nur zu oft und manchmal Kleinlicher, lächerlicher Ursachen wegen geschieht), so wählen wir unsere alten, bewährten Kollegen wieder. Ist ihnen während ihrer Amtstätigkeit ein kleiner, geringer Fehler unterlaufen, so schimpfen wir nicht wie die Mohrspitzen und machen aus der Mücke einen Elefanten, wenn wir wissen, daß sonst unsere Vorstandsmitglieder den besten Willen haben, alles zu Nutz und Frommen unserer aller gut zu führen, sondern wir machen auf den kleinen Fehler aufmerksam, rügen ihn ermahnend zum Bessern und nehmen unsern alten Vorstand wieder!

Will er aber nicht mehr mitmachen, dann nicht lange betteln und bitten, denn das zieht schädliche Eitelkeit groß, sondern wir haben uns jetzt neue Vorstandsmitglieder zu wählen. Als Vorsitzenden nehmen wir uns nun den, der einigermaßen in der Versammlung reden kann, etwas Talent besitzt, die Versammlungen und Sitzungen zu leiten, über Ruhe und Besonnenheit verfügt (wenn widerstreitende Ansichten oder auch scharfe Gegensätze zu ebnet sind), aber auch genug Energie besitzt, um unsaubere Elemente, die sich bei den Steinarbeitern so oft breit gemacht haben, aus unsern Reihen fernzuhalten. Der Vorsitzende soll die Bewegung einigermaßen kennen, nicht allzu jung sein (deshalb braucht es aber noch nicht der älteste Kollege zu sein), er muß ein guter Arbeiter sein, rechtschaffener Mensch und ehrlicher, gerader Charakter, der sich in der Kollegialität noch nie etwas zuschulden kommen ließ und stets für die Interessen der Gesamtheit eintrat! Haben wir einen Kollegen mit diesen Eigenschaften bekommen und noch einen ebensolchen Kassierer und Schriftführer hinzu, kann es unser Mitgliedschaft nicht schlecht gehen, sie muß vorwärts und zur höchsten Blüte kommen. Nebenbei muß der Kassierer rechnen können, unnütze Ausgaben darf er nicht zulassen; die Sparsamkeit soll er aber nicht so weit treiben, um Kleinigkeiten getauft zu werden. Energie muß er besitzen, um faule Zahler freundlich, aber energisch an ihre Pflicht zu erinnern. Pünktlichkeit muß bei ihm erste Pflicht sein, dadurch wird er in den Stand gesetzt, stets seine Kasse übersehen zu können und halbe Arbeit. Sofort, wenn das Quartal zu Ende ist, muß er Schluß und Abrechnung machen, und ehe noch die Frist zu Ende, mit dem Hauptkassierer abgerechnet haben, dadurch erpart er dem Verbands das Geld für die ekelhaften Mahnbriefe des Hauptkassierers, denn jeder ordnungsliebende Kassierer schämt sich, wenn er einen solchen erhält! Auch die Mahnungen im Steinarbeiter, die sich auch nicht am besten ausnehmen, werden dann vollständig überflüssig. Freuen muß sich der Kassierer, wenn die Revisoren recht oft und unangemeldet revidieren und ihm sagen müssen: „Freund, du hast deine Kasse und Bücher gut in Ordnung.“ Der Schriftführer muß ein Mann sein, der schreiben kann, doch nur das, was allgemeines Interesse hat, langweilige Sachen bringt er nicht in sein Protokoll.

Den Redakteur des Fachblattes belästigt er nicht mit langen Bandwürmern von Versammlungsberichten, von denen er weiß, daß sie zu zwei Drittel gestrichen werden. Er schreibt stets deutlich und mit Tinte. Von wichtigen Vorkommnissen am Orte gibt er dem Verbandsvorstand

aufserhalb der Versammlungsberichte ausführliche Mit-

teilung.
Nun wählen wir Stellvertreter für die einzelnen Posten, dazu natürlich stets jüngere, eifrige Mitglieder, die ihren Kollegen im Vorstände überall gern helfen wollen und überall ihre Nase hinstecken, um noch etwas zu lernen.

Dann kommen die Revisoren! Dazu ältere, vertrauenswürdigere Leute, die schon am 1. des Monats fragen, ob der Kassierer die Abrechnung vom vergangenen Monat noch nicht fertig hat, die bei jeder Gelegenheit das Vermögen und die Wertzeichen der Kassierers sehen wollen und zunächst aber mit dabei sind und aufpassen, wenn der Kassierer von seinem Vorgänger alles ordnungsgemäß übernimmt.

Wenn man unsre Winke beherzigt, dann muß das Vertrauen gegenüber den Vorstandspersonen gestärkt werden und die innere Festigkeit der Zahlstelle wird dabei erstärken.

Wie oft werden bei den Vorstandswahlen der Zahlstelle die ungeeignetsten Vorschläge gemacht. Die Personen werden auch gewählt, und dieselben sind teilweise, wenn auch der gute Wille vorhanden ist unfähig, ihren Posten auszuüben. Und wer leidet darunter? Die Gesamtheit!

Wenn diese Ämter zu besetzen sind, so ist vor der — Versammlung eine Besprechung abzuhalten, in der man sich über die vorzuschlagenden Vorstandspersonen einigen soll. Gleichzeitig gehe man auch von dem Gesichtspunkte aus, einer Person nicht eine Unzahl von Ämtern aufzubürden. Es soll vorausgesetzt sein, daß solche Personen wirklich das Bestreben haben, allen Anforderungen gerecht zu werden. Aber heute erfordert das eine oder andre Amt, daß alle zur Verfügung stehenden Kräfte zur Ausübung dieses Amtes hingegeben werden können. Ferner kommt hinzu, insbesondere im Verufe der Steinarbeiter, daß, wenn eine mit so vielen Ämtern beladene Person ihr Domizil wechseln muß, es oft schwer fällt, Ersatz zu schaffen, die geeigneten Kollegen zu finden, und das Resultat wird sein: Stillstand oder Rückgang der Zahlstelle. Die nächste Folge- rung aber ist die, daß auch die fähigen Kollegen bereit sind, überhaupt Ämter anzunehmen. Wir kennen aus eigener Erfahrung solche Schlaumeier und Driickeberger, die in der Dekatte gewöhnlich in der Opposition stehen, überhaupt zur ungeeignetsten Zeit das große Wort führen, den Lokal- und Zentralvorstand immer herunterreißen, aber selbst nicht Hand anlegen wollen zur gedeihlichen Fortent- wicklung der Zahlstellen.

Diese Winke können auch im Auge behalten werden bei der Nominierung der Kandidaten zur Generalversammlung in Erfurt.

Die Münchner Polizei und Herr Greindl.

Während der Renovierungsarbeiten an der Ludwigs- kirche kam es infolge des wortbrüchigen Verhaltens des Unternehmers Greindl nicht weniger als dreimal zu Arbeits- einstellungen. Die Differenzen zwischen dem Unter- nehmer und den Steinarbeitern wurden zwar immer wieder vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt beigelegt, allein die Vereinbarungen von Greindl aber immer wieder durchbrochen, so daß sich die Arbeiter mit Greindl fort- gesetzt herumblagen mußten. Am 5. September wurde die Arbeit niedergelegt, weil Greindl einen Stundenlohn von 55 Pfg. rundweg ablehnte. Greindl holte sich aus Unterfranken Arbeitswillige. Diesen zahlte er einen Stundenlohn von 60 Pfennigen. Am 9. September trafen die Arbeitswilligen hier ein und nahmen ihre Tätigkeit sofort auf. Während der Mittags- pause wurden sie von dem sattam bekannten damaligen Polier Hofmann nach dem Gasthaus zum Lindem- garten geführt, wo sich alsbald auch ein Streikender mit dem Vertrauensmann der Organisation, Steinmeyer Fuchs, einfanden. Dieser hielt an die Arbeitswilligen eine kleine Ansprache, setzte ihnen die Ursache der Arbeitseinstellung auseinander und sprach die Erwartung aus, daß sie den Münchner Kollegen nicht in den Rücken fallen werden. Da stellte sich heraus, daß die Leute von dem Streik gar nichts wußten, die Leute waren unter falschen Vorpiegelungen nach München gelockt worden. Die meisten davon erklärten sich solidarisch mit den Streifen- den und folgten diesen nach dem Streiklokal. Nach nahezu einer Stunde erschien Greindl mit vier bis fünf Schutzleuten im Saale. Die Arbeits- willigen wurden dann in den Ausgang gerufen zwecks „Einleitung einer Untersuchung“. Unter Polizeibeckung wurden hierauf die Arbeitswilligen nach der Ludwigskirche dirigiert. Die Steinmeyer Anton Stiglbauer, zurzeit Sol-

dat des 12. Infanterieregiments, Sebast. Eisenbichler, Alois Gag und Johann Stagl aber erhielten Straf- mandate, lautend auf je 14 Tage Gefängnis, weil sie nach Anzeige der Schutzmannschaft am 9. 9. 03 mittags mit andern neu eingetretene Arbeiter durch Drohungen, Festhalten an den Kleidern und Wegberstellen an der Fortsetzung der Arbeit hinderten, um ihren Anschluß an die Arbeitseinstellung zu erreichen und dadurch sich gegen die Vorschriften der §§ 152, 153 der Reichsgewerbeordnung verfehlt haben“. Rechtsanwalt Dr. Bernheim beantragte namens der vier Angeklagten gerichtliche Entscheidung. In der gestrigen Verhandlung vor dem Schöffengericht deponierte Polizeikommissar Köhler, daß ihm Greindl am 9. September telephonisch mitgeteilt habe, daß Arbeits- willige durch Streikende während der Mittagspause be- lästigt würden, so daß die Leute in Angst gerieten und nicht weiter zu arbeiten sich getrauten. Als später auch Pfarrer Gallinger ähnlich telephonierte, habe er einen Schutzmann nachzusehen beauftragt und diesen ent- sprechend instruiert. Es sei ihm dann gemeldet worden, daß die Arbeitswilligen tatsächlich belästigt und dadurch beängstigt worden seien, daß 3—4 Streikende auf einen Arbeitswilligen kommen. Er selbst hatte nie Ver- anlassung, gegen die ausgestellten Streik- posten einzuschreiten. Waren wirklich einmal 3—4 Mann zusammengekommen, so seien sie auf seine Weisung stets sofort und ruhig auseinander- gegangen. Auf die Frage Rechtsanwalts Dr. Bern- heims, ob ihm bekannt sei, daß der Polier Hofmann der Polizei dadurch Dienste leistet, daß er Arbeiterverfam- lungen besucht und falls er etwas Geeignetes höre, der Polizei anzeige, antwortete der Polizeikommissar, daß ihm davon nichts bekannt sei. Er wisse wohl, daß Hofmann im Jahre 1895 Arbeiter anzeigte, die dann Strafbefehle erhielten und daß Hofmann den Arbeitern feindselig gegenüber stehe. Der Vertrauensmann der Steinarbeiter, Fuchs, deponierte den Sachverhalt, wie oben mitgeteilt. Auf seine objektive Darstellung der Ursache des Streiks hätten die Arbeitswilligen sofort erklärt, daß sie von einem Streik nichts wußten, sonst wären sie nicht nach München gereist. Bis auf einen Mann hätten sie sich bereit erklärt, sofort wieder abzureisen. Bei jeder Gelegenheit habe er die Streikenden auf die Bestimmungen der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung aufmerksam gemacht und sie zu ruhigem Verhalten gegenüber den Arbeitswilligen er- mahnt. Der Zeuge zählte nun die Verhandlungen vor dem Einigungsamt auf und zeigte, wie die hier getroffe- nen Vereinbarungen von Greindl immer wieder durch- brochen wurden. Es sei keinerlei Zwang usw. auf die Streikenden ausgeübt worden. Auf Befragen des R.-A. Dr. Bernheim erklärte Zeuge, daß die Arbeitswilligen in Gegenwart Greindls vor dem Gewerbeichter zu Proto- koll gaben, daß keinerlei Zwang auf sie ausgeübt wurde und sie die Arbeit lediglich aus Solidaritätsgefühl nieder- gelegt haben. Die aus München als Zeugen herbei- geholten damaligen Arbeitswilligen Dehmann und Reim sagten aus, daß ihnen von Greindl ein Stundenlohn von 60 Pfg. (die Streikenden hatten nur 55 Pfg. verlangt) geboten wurde. Auch sie schilderten den Sachverhalt, wie oben mitgeteilt. Sie seien weder beleidigt, noch angefaßt oder gar, wie es in der Anzeige heißt, gezerrt worden. Der Amtsanwalt ließ darauf die Anklage gegen sämtliche vier Angeklagte fallen. Der Verteidiger R.-A. Dr. Bern- heim hat hiergegen nichts einzuwenden, beantragte aber, auch die Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse zu übernehmen. Es handle sich hier um unbestrafte Leute, die infolge einer durch falsche Information von einer ge- wissen Seite erfolgten Anzeige je einen Strafbefehl, lau- tend auf 14 Tage Gefängnis, erhielten. Wenn sich nun die Leute, die sich unschuldig fühlten, einen Rechtsbeistand nahmen, so dürfe ihnen dies niemand verargen. Das Urteil lautet auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten unter Ueberbürdung aller Kosten auf die Staatskasse. Auch die Kosten der Verteidigung werden der Staatskasse zur Last gelegt. In den Urteilsgründen ist festgestellt, daß sich die Angeklagten innerhalb der Grenzen des Ge- setzes bewegten und daß sie keinerlei Grenze weder in Wort noch in der Tat zu schulden kommen ließen. Bei der damaligen Lage sei es erklärlich und begreiflich, wenn von der Seite, von der die Anzeige ausging, der Vorfall etwas aufgekauft wurde, so daß ein Vergehen nach § 153 ge- geben erschien. Dieser einseitige Standpunkt des Unter- nehmers zeigte sich jedoch nicht gerechtfertigt. Mit Rück- sicht darauf, daß die noch nicht bestrafte Angeklagten auf dem Mandatswege mit einer Freiheitsstrafe beahndet

wurden, erschien es dem Gericht angezeigt, auch die Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse zu übernehmen.

Diese Freisprechung der Angeklagten bedeutet auch für die Polizei, die sich damals offen auf die Seite des Unter- nehmers stellte, eine Verurteilung!

Gesetz betr. den Schutz der Arbeiter des Baugewerbes. (Schluß.)

III. Bedürfnisanstalten.

§ 3. 1. Bei jedem Bau muß mindestens ein Abort für je 15 Arbeiter vorhanden sein.

Die Aborte müssen folgenden Anordnungen genügen:

a) Die Aborte sind mindestens 10 Meter von den Unterkunftsräumen und möglichst weit abseits von öffentlichen Verkehrswegen anzulegen, mit Wänden dicht zu umschließen und mit ausgeschnittenen Brettlagen, einem Fußboden und wasserdichten Dach zu versehen und so einzurichten, daß von außen nicht hineingesehen werden kann. Die einzelnen Stube müssen durch eine Wand voneinander getrennt werden.

b) für die Aborte dürfen keine durchlässigen Gruben angelegt werden. Sie sind entweder an eine öffent- liche Entwässerungsanlage vorschriftsmäßig anzu- schließen, oder es müssen wasserdichte Tonnen auf- gestellt werden.

c) Die Aborte sind regelmäßig, und zwar in der wär- meren Jahreszeit täglich, zu desinfizieren und mög- lichst geruchlos zu halten. Die Tonnen sind nach Bedarf, längstens aber wöchentlich, durch andre zu ersetzen.

2. Die Abortanlage muß mit einem Pissoir versehen sein, und in den Bauten sind in jedem Geschos Urineimer aufzustellen. Die Urineimer und die Behälter für die Pissoirs sind nach Bedarf, mindestens täglich, zu entleeren.

3. Die Aborte müssen stets genügend erhellt und ge- lüftet sein, sowie in reinlichem Zustand erhalten werden.

4. Die Aborte müssen vorschriftsmäßig fertiggestellt sein, bevor mit den Arbeiten begonnen wird und sind auch während der ganzen Dauer des Baues in vorschrifts- mäßigem Zustand zu erhalten.

5. Für am Bau beschäftigte Frauen sind besondere Bedürfnisanstalten zu errichten, welche den Bestimmungen Ziffer 1—4 entsprechen müssen.

§ 4. 1. Die Bestimmungen über Unterkunftsräume und Bedürfnisanstalten finden Anwendung auf Zimmer- plätze und Bauhöfe, auf Tiefbauten (Straßenbau, Kana- lisation) und auf die Werkplätze der Steinmeyer und Steinbildhauer.

2. Bei Tiefbauten dürfen die Unterkunftsräume und Aborte bis zu höchstens 500 Meter von der Arbeitsstelle entfernt liegen.

IV. Unfallverhütungsvorschriften.

§ 5. Das Reichsversicherungsamt hat, entsprechend dem jeweiligen Stand der Baudatechnik, Normalvorschriften zu erlassen für Sicherheitsvorrichtungen bei Abbruch- arbeiten, Ausschachtung der Baugruben, für Hoch- und Tiefbauten, Herstellung der Gerüste und Transportwege und für den Auf- und Ausbau jeglicher Bauten unter Berücksichtigung ihrer Eigenarten und des zu verwendenden Materials.

Zur Beratung und Beschlußfassung über diese, sowie zur Genehmigung der von den Kommissionen (§ 6) be- schlossenen Vorschriften sind die zum Reichsversicherungs- amt gewählten Vertreter der Unternehmer und Arbeiter des Baugewerbes zu gleichen Teilen hinzuzuziehen.

§ 6. Für den Bezirk jeder höheren Verwaltungs- behörde ist eine Kommission zu wählen, die auf Grund der Normalvorschriften Unfallverhütungsvorschriften für den Bezirk zu erlassen und mindestens alljährlich einmal nachzuprüfen hat. Die von den Kommissionen erlassenen Unfallverhütungsvorschriften unterliegen der Geneh- migung des Reichsversicherungsamts.

§ 7. Die Kommissionen bestehen aus je fünf Vertretern der baugewerblichen Arbeiter und Unternehmer, unter Leitung eines vom Reichsversicherungsamt aus seiner Mitte zu ernennenden Vorsitzenden. Bei Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit, bei Stimmengleichheit gibt der Vorsitzende den Ausschlag.

§ 8. Die Kommissionsmitglieder werden in gleicher Höhe für Arbeitsverhältnis und Aufwendungen entschä- digt. Die Höhe der Entschädigung setzt das Reichsver- sicherungsamt fest. Die Kosten trägt die für den Bezirk zuständige Baugewerks-Verufsgenossenschaft.

Kunststein.

Es ist noch finster. Früh sechs Uhr. Die ersten Straßenbahnen huschen durch die verregnete Stadt. Mich, einen noch halbwegs gesunden Steinmeyer, packt ein beängstigendes Unbehagen. In einer Haltestelle der Straßenbahn besteige ich einen fast überfüllten Wagen. Die entgegengesetzte Stadtgrenze erreicht, verlasse ich an der Endstation wieder den Wagen. Es ist noch stockfinster. Bis zum Kunststeinwerk muß ich noch eine Viertelstunde laufen. Von der Chaussee aus sieht man nach Hunderten zählende hellerleuchtete Fabrikfenster. Unzählige riesen- hohe Schornsteine lassen schwerfällig hingehenden Rauch entsteigen. Ich bin vor einem Kunststeinwerk. Mir wird von dem Maschinengerumple und Geräusche, welches aus dem spärlich beleuchteten niedrigen Gebäude zu meinen Ohren dringt, ganz ungemütlich zu Mute. Dem Wissenstrieb und vor allem der Not gehorchend, betrete ich das Werk. Für mich und wohl auch für meine Be- rufskollegen, erfahre ich durch Befragen und Beobachten interessierende Tatsachen. Das schon erwähnte Geräusch und Gerumple rührt von mehreren Wasch-, Sieb-, Misch- und Brechmaschinen her. Eine Stunde vor dem eigent- lichen Anfang der Arbeitszeit sind einige 8 Mann mit dem Bedienen der genannten Maschinen beschäftigt. Die einen unheimlichen Lärm verursachenden Mischmaschinen (sogenannte Kollergänge von Krupp) müssen genügend Masse fertig haben, wenn die Zementarbeiter an ihre Kasten oder Formen treten.

Der in der Fabrikpfeife brummt zum Anfang. Das Ma- schinengerumple hört auf einige Minuten auf. Im Galopp werden einige 50 Mann verlesen. Zwei Mann passen auf, daß bei jedem Namen eine Gestalt hier ruft und an seinen Platz geht. Ist noch jemand beim Ver- lesen im Ankleideraum, so wird er angefahren: „Na, vor- wärts, raus!“ Jeder brennt seine Benzinlampe an. Die Maschinen rumpeln und frachen. Stockhämmer fliegen nur so auf und nieder. Spitzhacken und Schariereisen werden von fleißigen Händen auf großen Werk- stücken geschickt geführt. Rasselnde Kreisfrägen und Hobelmaschinen sind von flinken Tischlern in Benutzung, um die großen und kleinen doppelten Kastenformen recht schnell fertig stellen zu können. In der Schmiede sagten die Hämmer auf lange Eisenstangen, die als Einlagen für Stufen, Stürze oder Gewände benutzt werden. In der Gipserei werden Keilformen und auch verlorene Formen hergestellt. In Ton modellierte Schlußstein- ornamente erwarten ihren Abguß in Keilform, um dann in Zement zwanzigfach wiederholt gestampft zu werden.

Die Zementarbeiter bauen ihren Formentasten auf einem großen feuchten Sandbad. Ist eingebaut, wird mit der feinen Masse (Mischung: 1 Teil Zement, 3 Teile feinen gewaschenen Sand und die nötige Farbe) ange- fangen, den Kasten unten und an den Seitenwänden zu füllen. Dann kommt die grobe Masse (1 Teil Sand, 9 Teile Kiesel 9 Teile Zement 1 Teil) darauf und tüchtig eingestampft. Ist das zu fertigende Stück nach allen vier Seiten sichtbar, kommt nochmals feine Masse darauf. Wieder wird eingestampft und gut gealätet. Nun wird der inhaltsschwere Kasten im Sandbad gekippt, so daß

der offene Teil nach unten liegt. Durch sinnreiche Ver- schraubungen und angebrachte Falze wird der Forment- kasten zusammengehalten und kann leicht wieder aus- einandergenommen werden. Ist das Stück von allen Holzteilen befreit und sauber geglättet, liegt es wie aus dem Ei geschält vorläufig drei Tage, oder wie es der Platz gestattet, auch mehr Tage auf einer Stelle. Der Formentkasten wird wieder zusammengebaut und kann zu Hunderten von denselben Stücken in wechselnden Längen oder auch Tiefen benutzt werden.

Mehrere Kolonnen Sofarbeiter haben den ganzen Tag mit Wegschaffen der getrockneten Stücke zu tun. Die- jenigen Stücke, welche nicht von den Steinmeyern ge- spitzt, gestockt oder schariert werden, kommen in ein heißes Wasserbad, wo dieselben mindestens einen Tag bleiben und dann glashart werden.

Es fehlen noch zehn Minuten bis Feierabend.

Es sticht mir im Rücken, einige meiner Kollegen klagen über dasselbe Stechen. Es ist ja auch kein Wunder, immer war Aufsicht da, immer mußte man am Stück sein. Jetzt kommt einer der Meister, mit einem Buch ausgerüstet, in welches er das Ergebnis der Frage an einen jeden Mann nach der Tagesarbeit einschreibt. Jedes Stück hat seine Nummer und wird eingetragen.

Die stinkenden Lampen haben wieder einige Zeit ge- brannt. Die Fabrikpfeife brummt Feierabend. Ich bin froh, daß ich wieder auf der Straßenbahn bin und nach Hause komme zum Mittagessen nach Feierabend.

§ 9. Die Wahl der Vertreter zu den Kommissionen erfolgt auf die Dauer von drei Jahren nach dem für die Gewerbegerichtsahlen vorgeschriebenen Verfahren, mit der Maßgabe, daß alle im Bezirk der Kommission beschäftigten oder wohnhaften großjährigen baugewerblichen Arbeiter und Unternehmer wahlberechtigt und auch wählbar sind.

Die Wahl ist gleichzeitig mit der der Baukontrolleure (§§ 13 und 15) zu vollziehen.

§ 10. Erstmals sind spätestens 6 Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes für jeden Bezirk je zehn Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer zu wählen, davon je fünf als Ersatzmänner. Alle drei Jahre sind Neuwahlen vorzunehmen.

§ 11. Die Kommission muß erstmalig spätestens vier Wochen nach erfolgter Wahl zusammentreten. Die Einberufung der Kommission und die Bestimmung über Ort und Zeit der Sitzung geschieht durch den Vorsitzenden. Auf Antrag von fünf Mitgliedern muß der Vorsitzende die Kommission einberufen.

V. Baukontrolle.

§ 12. Die Aufsicht über die Ausführung der Bauten und die Durchführung der Schutzvorschriften untersteht besonderen Baupolizeibehörden. Diese sind von den Landesregierungen in der Regel für jede Gemeinde mit mehr als 10 000 Einwohnern (Baupolizeibezirk) einzurichten.

Kleine Gemeinden können zu einem Baupolizeibezirk zusammengelegt werden.

§ 13. Die Baupolizeibehörde ist für diesen Zweck zusammenzusetzen aus den technischen Beamten und den Baukontrolleuren.

§ 14. Die Zahl der Baukontrolleure ist so zu bemessen, daß jeder Bau mindestens einmal wöchentlich kontrolliert werden kann. Für jeden Baukontrolleur ist ein Ersatzmann zu wählen.

§ 15. Die Baukontrolleure und deren Ersatzmänner sind von den volljährigen baugewerblichen Arbeitern nach dem vom Gewerbegericht eingeführten Wahlverfahren auf drei Jahre zu wählen.

§ 16. Die Tätigkeit der Baubeamten und Baukontrolleure wird durch Dienstinstruktionen geregelt, die vom Reichsversicherungsamt zu erlassen sind.

§ 17. Die Geschäftsführung der Baupolizeibehörden unterliegt der Oberaufsicht des Reichs. Sie haben Jahresberichte über ihre amtliche Tätigkeit zu erstatten, die dem Bundesrat und Reichstag vorzulegen sind.

§ 18. Die Kosten der Baupolizei tragen die Gemeinden. Werden mehrere Gemeinden zu einem Baupolizeibezirk zusammengefaßt, so sind die Kosten der Bauaufsicht aus gemeinsamen Mitteln zu tragen.

Die Baukontrolleure sind vom Staate zu besolden.

§ 19. Ein Abdruck dieses Gesetzes sowie der Unfallverhütungsvorschriften ist an geeigneter, allen Arbeitern zugänglicher Stelle sowie in den Unterkunftsräumen auszuhängen. Der Aushang muß stets in lesbarem Zustand erhalten werden.

In denjenigen Bezirken, in denen fremdsprachige Arbeiter beschäftigt werden, ist er auch in deren Muttersprache auszuhängen.

S t r a f b e s t i m m u n g e n .

§ 20. Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz sowie gegen die erlassenen Unfallverhütungsvorschriften werden, sofern nach dem allgemeinen Strafrecht nicht eine höhere Strafe eintritt, mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft. Auch kann die Baupolizeibehörde das Bauverbot verhängen.

§ 21. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1905 in Kraft.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.
Die Abbonnementsbeiträge für das 4. Quartal 1904 des Steinarbeiters sind bisher sehr schlecht eingegangen. Ist das Abonnement bis zum 1. Februar nicht bezuglich, so erfolgt Einstellung der Lieferung.
Der Zentralvorstand.

Internationales. Wie uns Kollege Cordes in Haag mitteilt, sind die niederländischen Steinarbeiter gewillt, dem internationalen Verbands beizutreten. Durch die vielen Streiks, die den dortigen Kollegen aufgedrängt wurden und zum größten Teil wegen Mangel an finanziellen Mitteln zugrunde gingen, war an einen Anschluß eher nicht zu denken. Ferner kam hinzu, daß unter den Mitgliedern der holländischen Bruderorganisation über die Taktik der geführten Streiks Uneinigkeit eintrat und der Bundesvorstand sich veranlaßt sah, den Ausschluß etlicher Rädelsführer zu vollziehen. Nun sind die Organisationsverhältnisse wieder im Gefunden begriffen und die Bundesleitung will alles aufbieten, um die Mitgliederzahl zu erhöhen.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungsberichte sogenannte Oktavbogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Linte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Augsburg. Im Gasthof zum Wirtelbacher Hof fand am 10. d. M. die Generalversammlung statt. Es waren 20 Kollegen vertreten. Die Versammlung eröffnete der Vertrauensmann, Kollege Fißel. Er bedauerte, daß sie nicht vollständig besetzt sei und stellte folgende Punkte auf die Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom 3. und 4. Quartal 1903; 2. Berichterstattung von der Gaufonferenz in Kelheim; 3. Neuwahl des Ausschusses und der Plagkassierer. Der 1. Punkt wurde durchgearbeitet und die Bücher und die Kasse für richtig befunden. Der Kollege Fißel sprach im Namen der Anwesenden dem Ausschusse den Dank und die Zufriedenheit aus und ersuchte die Kollegen, zur Anerkennung sich von den Sigen zu erheben. Unterem 2. Punkt ergriß Kollege Fißel das Wort, welcher als Delegierter der Zahlreiche Augsburg in der Konferenz fungierte, und gab einen ausführlichen Bericht über die dort stattgefundenen Sitzung. Die Kollegen waren mit den dort geführten Debatten zufrieden. Einstimmig wurde die Ansicht bekundet, daß es zweckmäßiger sei, wenn wir dem Wahlkreis München angegliedert wären. Bei Punkt 3: Neuwahl des Vorstandes, wurden folgende Kollegen gewählt: Vorsitzender: Joseph Fißel; Kassierer: Eber Kobinger; Schriftführer: Joseph Stabler; Revisoren: Karl Hoffmann, Frz. Debröse; Statistiker: Karl Peter. Auch nahmen sämtliche Werkstatzkassierer die Wahl wieder an.

Aue i. Ergeb. Am 11. Januar fand im Restaurant Trübenau eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Delegiertenwahl. Als solcher wurde unser Vorsitzende, Kollege Höger, einstimmig gewählt. 2. Vierteljahrsabrechnung bzw. Halbjahrsabrechnung.

Diese mußte aber ausfallen, da die Revisoren nicht erschienen waren. (Von einem großen Pflichterzeuger dieses nicht. D. M.) 3. Vorstandswahl. Unser bisheriger Vorstand, Kollege Höger, wurde wiedergewählt. 4. Als Revisoren wurden die Kollegen Baumann und Launer und Reinhold als Ersatzmann gewählt. 5. wurde beschlossen, die Beiträge um 5 Pfg. pro Woche zu erhöhen. 6. Verschiedenes. Es entspann sich eine heftige Debatte, welche vom Vorstände zugunsten der Kollegen geschlichtet wurde. Nachdem noch einige Kollegen zu Worte gekommen waren, wurde die Versammlung um 9 Uhr geschlossen.

Bayreuth. Am Sonntag, den 10. d. M., fand unsere diesjährige gut besuchte Generalversammlung statt. Zunächst verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal 1903 und dann die Jahresabrechnung. Nachdem die Revisoren erklärt, daß sie Kasse und Bücher in bester Ordnung vorgefunden, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Zu Punkt 2 der Tagesordnung erstatteten die Kartelldelegierten Bericht über die Tätigkeit des Kartells im Monat Dezember. In eine Diskussion hierzu wurde nicht eingetreten. Sodann berichtete Kollege Kästle über die in Schwarzenbach stattgefundene Gaufonferenz. Sämtliche anwesende Kollegen erklärten sich mit den dort gefaßten Beschlüssen sowie mit dem Verhalten unseres Delegierten einverstanden. Kollege Bayerlein, als Beisitzer am hiesigen Gewerbegericht, verlas den von diesem über seine Tätigkeit herausgegebenen Bericht. Bei der hierauf erfolgten Neuwahl des Vorstandes wurde Kollege Bayerlein als 1. Vorsitzender, Schöberlein als Kassierer, Geißler als 1. Schriftführer und als Revisoren die Kollegen Beck und Kubner wiedergewählt. Zum Schluß entspann sich eine längere Debatte über örtliche Verhältnisse. Beschlossen wurde, in nächster Zeit eine außerordentliche Versammlung einzuberufen, um die Sache zu erledigen.

Berlin II. Am Dienstag, den 5. Januar, fand im Englischen Garten eine Versammlung der Kollegen statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Vorstandsbericht, gab Muriset einen Ueberblick über seine Tätigkeit sowie über unsere vorjährige Lohnbewegung und deren Folgen. Beim 2. Punkt: Vierteljahrs- und Jahresabrechnung, ergab die Vierteljahrsabrechnung eine Einnahme von 1615.12 Mark und eine Ausgabe von 1265.12 Mark. Mithin blieb ein Bestand von 350 Mark. Die Jahresabrechnung betrug 3951.75 Mark, die Ausgaben 3601.75 Mark. Die Abrechnung von der örtlichen Krankenzufußkasse ergab eine Einnahme von 1135.34 Mark, eine Ausgabe von 999.05 Mark, inklusive eines Sparguthabens von 800 Mark. Die Revisoren erklärten, Bücher und Belege in bester Ordnung befunden zu haben, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde. In den Vorstand wurden neugewählt: 1. Punkt, 1. Vorsitzender: Aug. Galigki, 2. Vorsitzender; als Kassierer wurde der Kollege A. Wolff wiedergewählt, zum Schriftführer E. Galigki und zu Revisoren Langabel und Tillad. In die Gauleitung wurde Muriset, in die Schlichtungskommission Junz und Muriset gewählt. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Ad. Wolff vorgeschlagen. Unter Verschiedenem kamen noch einige Mißstände in den Werkstellen zur Sprache, außerdem wurden den ausgesperrten Töpfern 30 Mark bewilligt.

Bremen I. Am 12. Januar fand hier eine Steinarbeiterversammlung statt, welche mäßig besucht war. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab der Vorsitzende erst nähere Aufklärung. Vom Gewerkschaftskartell war an die Steinarbeiter die Meinung ergangen, sich durch die größte Agitation sowie materielle Unterstützung für die Crimmitschauer Weber zu betätigen. Nachdem einige Kollegen mit warmen Worten für die Weber eingetreten waren, nahm die Versammlung einen Antrag, jede Woche Listen zur freiwilligen Zeichnung auszugeben, einstimmig an. Sodann schritt die Versammlung zur Beratung des Tarifs. Im Laufe des letzten Jahres haben sich nämlich etliche Fehler und Mängel herausgestellt, die wir uns genötigt sehen, abzuändern. Bis auf die Grabsteinbranche (Schrift usw.), wozu die Kommission sich erst noch mehr Vorlagen und Material heranholt, war die Versammlung mit den von der Kommission ausgearbeiteten Vorschlägen und Umänderungen einverstanden. Hoffentlich kommen die Bremer Steinarbeiter auf gutlichem Wege mit den Arbeitgebern auseinander. Hierauf verlas der Vorsitzende einen Brief vom Gauvorstand, welcher die Konferenz um etwas zu verschließen wünschte. Hierauf Schluß der Versammlung.

Eberfeld. Am 10. Januar fand im hiesigen Gewerkschaftshause unsere erste diesjährige Versammlung statt. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1903 verlas der Kassierer, und wurde dieselbe von den Revisoren für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde als 1. Vorsitzender Ost. Gutgesell, als Kassierer R. Werner, als Schriftführer J. Bungard und als Revisoren A. Schmidt und Ph. Schaub gewählt. Zu der am 24. d. M. stattfindenden Gaufonferenz wurde als Delegierter D. Gutgesell gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurden die hiesigen Verhältnisse einer Kritik unterzogen, denn es ist schauerhaft, daß sich die hiesigen Kollegen in unfrer Zahlstelle verhalten, als hätten sie überhaupt keine Organisation nötig. Zu dem am Sonntag, den 17. d. M., stattfindenden Gewerkschaftsfest zum Besten der Crimmitschauer wurde beschlossen, dasselbe zahlreich zu besuchen. Mit einem Appell, die Versammlungen besser zu besuchen, damit unsre Zahlstelle emporblühe, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Greiz. Am 13. Januar sollte in Greiz eine Mitgliederversammlung stattfinden mit der Tagesordnung: 1. Jahresabrechnung; 2. Kassiererwahl; 3. Gewerkschaftliches; 4. Tarifangelegenheiten. Zurzeit sind in Greiz 17 Steinmehnen beschäftigt, 6 hielten es aber nur für nötig, die Versammlung zu besuchen, insofern konnte dieselbe nicht stattfinden. Wenn die Kollegen zurückblicken würden auf ihre Lohnstatistik im vergangenen Jahre, so sollte man doch wirklich glauben, daß sie wenigstens die Versammlung besuchen würden, um zu versuchen, ihre traurige Lage zu verbessern. Die Kollegen von Greiz werden aufgefordert, sich an den nächsten Versammlungen zahlreich zu beteiligen, damit die Tarifangelegenheiten erledigt werden können.

Koburg. Am Montag, den 28. Dezember, tagte eine Steinarbeiterversammlung bei Brüdner in Neufes, die sich lebhaft mit der Tagesordnung: „Tarifangelegenheit“ beschäftigte. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag, daß der Tarif gekündigt werden sollte, abgelehnt. Dagegen wurde einstimmig beschlossen, daß die streitigen Punkte im Tarif etwas besser geregelt werden müssen, und wurde von den Schleifern ein Kommissions von drei Mann gewählt, die dann gemeinschaftlich mit unterhandeln sollen. Ferner wurden zwei Kollegen, die als gestrichelt betrachtet wurden, wieder aufgenommen, da sie sich verpflichteten, 50 Pfg. Eintrittsgeld und 8 Wochenbeiträge nachzuzahlen.

Am 9. Januar fand abermals in der Himmelsleiter eine Versammlung statt. Der Vorsitzende gab unter anderem die Abrechnung des 4. Quartals bekannt. Diefelbe ergab (inklusive Kassenbestand vom 30. September 1903) eine Gesamteinnahme von 292.01 Mark und eine Gesamtausgabe von 142.12 Mark, so daß am Schluß des Jahres ein Kassenbestand von 149.89 Mark verblieb. Die Abrechnung war von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden und wurde dem Vertrauensmann Decharge erteilt. Hierauf wurde zur Neuwahl geschritten. Da der bisherige Vorsitzende die Wiederwahl ablehnte, wurde Kollege Theodor Hein als 1. Vorsitzender, Kollege D. Schmidt als Beisitzer, Kollege Jakob Kilian als Kassierer und Kollege G. Schmitz als Schriftführer gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Schmutzler und August Lukas und als Kartelldelegierte die Kollegen Jakob Kilian und Christian Edelmann gewählt. Auch wurde wieder ein Kollege neu aufgenommen.

München. Die am Sonntag, den 10. Januar, tagende Generalversammlung der Steinarbeiter Münchens befaßte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes; 2. Kassenbericht; 3. Neuwahl des Vorstandes und

der Revisoren; 4. Bericht von der Gaufonferenz; 5. Anträge zur nächsten Generalversammlung. Der bisherige Vorsitzende, Fuchs, gab den Anwesenden ein klares Bild über seine Tätigkeit im verfloffenen Jahre. Auch der Bericht des Kassierers war sehr gut ausgearbeitet. Die Mitgliederzahl beträgt danach in München 221. Da beide Berichte für sehr gut befunden wurden, wurde dem Vorstand sowie dem Kassierer Decharge erteilt. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl des alten Vorsitzenden, Fuchs, sowie des Kassierers, Karl Oswald. Als Schriftführer und Statistiker wurde Kollege Glanzschneider gewählt und als Revisoren die Kollegen Joseph Berger und Albert. Sodann wurde noch beantragt, über vier Kollegen zu verhandeln, welche sich gegen die Interessen des Verbandes vergangen haben sollen. Diese Angelegenheit wurde vorerst einer Platzvertreterung überwiesen. Da die Zeit zu weit vorgeschritten war, wurden die beiden letzten Punkte verlagert.

Mittweida. Am Sonntag, den 17. Januar, fand im Restaurant Zur guten Quelle eine gut besuchte Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1903; 2. Vorschlag eines Delegierten zum Verbandstag; 3. Gewerkschaftliches. Die Abrechnung konnte nicht stattfinden, weil verschiedene Bücher nicht zur Stelle waren. Der Kassierer, Heinrich Saue, ermahnte die Kollegen, die Beiträge pünktlicher zu entrichten, damit die Abrechnung leichter vonstatten geht. Als Delegierter wurde Kollege Jensch bestimmt. Dies soll der Zentralkomitee mitgeteilt werden. Kollege Böhmie erstattete Bericht von der letzten Versammlung des Gewerkschaftskartells. Es war im verfloffenen Jahre eine Einnahme von 318 Mark und eine Ausgabe von 306 Mark zu verzeichnen. Es wurde beschlossen, das Abbonnementsgeld des Steinarbeiters in der zweiten Woche jedes Monats zu begleichen. Auch wurden die Kollegen ermahnt, im eignen Interesse eine Mai- und eine Delegiertenmarke zu haben. Auch wurde ein Kollege wieder einstimmig in den Verband aufgenommen. Kollege Saue erinnerte die Kollegen an die Bibliothek im Gewerkschaftskartell und forderte die Kollegen zur fleißigen Benutzung auf. Genosse Lehmann, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells, führte den Kollegen die Vorzüge der Bibliothek vor Augen und nannte verschiedene Bände. Der Platz Peterschick wurde einer Kritik unterzogen, weil die Kollegen die Arbeitszeit nicht richtig einhalten. Es wurde dem Vorstände überlassen, die Sache zu regeln und das Lichtarbeiten überhaupt beiseite zu lassen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der Steinarbeiter Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

Odenburg. Am 7. Januar fand bei Kollege Grenzer eine Stein- und Marmorarbeiterversammlung statt, in welcher der Vorsitzende Bericht erstattete vom Gewerkschaftskartell. Dann wurde zur Neuwahl eines Kartelldelegierten geschritten; der bisherige wurde wiedergewählt. Sodann wurde eine längere Debatte geführt über Plag Hagl, wo die Steinmehnen und Marmorarbeiter Ueberstunden machen müssen oft bis 9 und 10 Uhr abends. Auch wurde der bestehende Tarif seitens der Steinmehnen vom Januar ab gekündigt.

Ulm a. d. D. Am 9. Januar fand hier die Generalversammlung statt. Punkt 1: Laut Verlesung und Annahme des Protokolls wurde betreffs der Wahl eines Delegierten zum Kongress Kollege Frank in Vorschlag gebracht, und hat derselbe bereits von mehreren dem 31. Wahlkreis einverleibten Zahlstellen die Zusage erhalten. Für Zuschuß an die durchreisenden Kollegen während der Feiertage wurde 1.10 Mark gewährt. Ferner wurde nebst Unterstützung eines kranken Kollegen der Crimmitschauer Weber wiederholt gedacht, indem wir denselben 20 Mark zugehen ließen. Alsdann gab der Kassierer die Abrechnung vom letzten Quartal bekannt, und es war aus einer kleinen Ueberlicht zu ersehen, daß die hiesige Zahlstelle auch im verfloffenen Jahre wieder wesentliche Fortschritte gemacht hat. Nachdem die Revisoren Bericht erstatteten, daß die Bücher und Wertzeichen in tadelloser Ordnung waren, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Einem kleinen Ueberblick gemäß muß konstatiert werden, daß wir letzten Sommer durch die zu unsern Gunsten erledigte Lohnbewegung, betreffs Erhöhung der Stundenlöhne, welche gegenwärtig auf 50-60 Pfg. stehen, auch eine enorme Zahl von Mitgliedern gewonnen haben. Unsre Mitgliederzahl hat einen Durchschnitt von 75 erreicht, im Vorjahre waren nur 50 zu verzeichnen. Dem einwurzelnden Affordsystem in der Kunststein-Branche konnte Einhalt geboten werden, indem dasselbe jetzt nur noch bei der Firma Schwent zur Geltung kommt, was dem Indifferentismus der dort beschäftigten Kollegen zuzuschreiben ist. In dem darauf folgenden Kartellbericht gab der Delegierte des Gewerkschaftskartells unter anderem bekannt, daß bei der Gewerbegerichtsahl trotz des eingeführten Proportionalwahlsystems doch 7 Vertreter von den vereinigten Gewerkschaften gewählt wurden. Bei der Neuwahl ergab sich folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Kollege Wirt, Kassierer: Kollege Frank, Schriftführer: Kollege Walter, Beisitzer: Kollege Klind. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Groß und Eitel, ferner als Delegierte zum Kartell die Kollegen Graf und Müller. Bedauerlicherweise haben auch ihren Austritt aus dem Verbands verschiedene Kollegen (8 an der Zahl) erklärt; dieselben sind trotz wiederholter Mahnung ihren Pflichten nicht mehr nachgekommen und mußte deshalb der Ausschluß erfolgen. Ueber weitere unangemeldete rüdfällige Mitglieder wurde die Bestimmung getroffen, dieselben im Fachorgan an ihre Verpflichtungen zu erinnern. Nachdem an die Kollegen noch die Aufforderung erging, energisch für die Verbreitung des Steinarbeiters zu agitieren, der bis jetzt nur von circa 1/3 der Mitglieder gelesen wird, schloß der Vorsitzende die mäßig besuchte Versammlung.

Zur nächsten Generalversammlung.

Da in diesem Frühjahr unsre Generalversammlung stattfindet, ist es unbedingt erforderlich, daß man über wichtige Fragen innerhalb unsres Verbandes sich schon vorher klar wird, damit unsre Delegierten wissen, wie die Stimmung über einzelne Fragen bei der gesamten Kollegenschaft ist. Für heute will ich eine Frage ansprechen, die bei der jetzigen Taktik der Unternehmer eine sehr große Rolle spielt. Wenn irgend eine Kategorie von Bauhandwerkern eine Forderung an die Meister stellt und sie ist gezwungen, dann in den Streik einzutreten, wird man in Zukunft stets die Erfahrung machen, daß die andern Bauhandwerker von den Unternehmern ausgesperrt werden. Dies haben wir im vergangenen Jahre in Hamburg, Kiel, Bremen, Kassel und andern Orten gesehen. Speziell in Kassel haben wir die Erfahrung gemacht, daß nach 16wöchigem Kampfe der Schreiner die Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Maler, Bauarbeiter und die Steinmehnen 13 Wochen lang ausgesperrt wurden. Es sind nun während dieser Zeit an die Ausgesperrten unsres Berufs seitens des Vorstandes die Streikunterstützungen behagt worden, aber erst nachdem die Kassierer Kollegen beschwerdeführend vorgingen. Nun sind auch einige verheiratete Kollegen abgereist, weil sie sich nicht am Orte festlegen und die Kasse in Anspruch nehmen wollten. Da sie anderweitig Arbeit erhalten konnten, führen sie mit der Bahn dorthin. Auch ich selbst war mit dabei. Wir stellten nun den Antrag, uns die Reiseflosten zu vergüten, aber weit gefehlt. Unser Antrag wurde abgemiesen — man höre — es ist in unserm Statut nichts davon enthalten, daß an solche Kollegen, die während eines Streiks oder einer Aussperrung abreisen, eine Unterstützung gewährt werden kann. Da wir von dem Zentralvorstand nichts bekommen haben, wird uns hoffentlich die Generalversammlung die Reiseflosten (nur für eine Fahrt) zusprechen. Da es in der Zukunft nicht ausgeschlossen ist, daß derartige Fälle sich wiederholen, ist es unbedingt erforderlich, daß über diese Sache auf der Generalversammlung gesprochen und ein diesbezüglicher Beschluß gefaßt wird. Es wird sonst keinem einzigen Kollegen einfallen,

während einer Lohnbewegung abzureisen, und die Kasse wird dann doch nur belastet werden.
Kassel. D. Wegener.

Soziales.

Arbeitslosen- und Krankenunterstützung im Verein deutscher Schuhmacher. Die Organisation der deutschen Schuhmacher hatte seit dem Jahre 1898 eine fakultative Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützungskasse eingerichtet. Während bei der ersteren Kasse nur eine sehr geringe Beteiligung der Mitglieder vorhanden war, so konnte bei der zweiten, der Krankenunterstützungskasse, eine desto zahlreichere Beteiligung konstatiert werden. Seit Jahren wurde nun seitens des Vorstandes der Organisation wie auch seitens zahlreicher Mitglieder eine eifrige Propaganda dafür entfaltet, daß die beiden Unterstützungseinrichtungen obligatorisch eingeführt werden. Die Generalversammlung vom Jahr 1902 lehnte einen dahingehenden Antrag mit 29 gegen 24 Stimmen ab. Beschlossen wurde aber, daß vor Stattfinden der nächsten Generalversammlung eine Urabstimmung unter den Mitgliedern über folgende drei Fragen vorgenommen werden soll:

1. Sind Sie für obligatorische Einführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung?
2. Sind Sie nur für obligatorische Einführung der Arbeitslosenunterstützung?
3. Sind Sie nur für obligatorische Einführung der Krankenunterstützung?

In den Tagen vom 5. bis 15. Dezember 1903 hat nun diese Urabstimmung stattgefunden. Das Resultat ist, daß von den rund 26 000 Mitgliedern, die der Verein deutscher Schuhmacher gegenwärtig zählt, sich 17 000 Mitglieder an der Abstimmung beteiligt haben. Davon stimmten 11 500 für die erste Frage, 850 stimmten für die zweite, 2250 stimmten für die dritte Frage, während circa 2300 Mitglieder alle drei Fragen verneinten. Der Rest der Stimmen mußte für ungültig erklärt werden. Durch diese Abstimmung hat die große Mehrheit der abstimmenden Mitglieder ihren Willen kund getan, daß eine Arbeitslosen- und Krankenunterstützung obligatorisch eingeführt werden soll. Die nächste Generalversammlung, die am 6. Juni 1904 in Berlin zusammentreten soll, wird nun über die Höhe der Beiträge wie auch über die Höhe und die Dauer der Unterstützung zu beraten und zu beschließen haben. Soffentlich wird dabei auch ein ersprießliches, die Gewerkschaft der Schuhmacher förderndes Resultat erzielt werden.

Gewerkschaften und Konsumvereine.

In der deutschen Gewerkschaftspresse ist bis jetzt selten mal ein Wort aufgetaucht über den Nutzen und den Wert der Genossenschaften, insbesondere der Konsumgenossenschaften, und doch würde es gerade von großem Nutzen sein, wenn die Ideen über die Konsumvereine mehr von den Gewerkschaften beachtet würden. Es liegen so viel Berührungspunkte in beiden Bewegungen, daß es auf die Dauer nicht möglich sein wird, die eine oder andere der beiden Richtungen außer acht zu lassen. Begreiflich ist die Stellungnahme, oder noch besser gesagt auch die Nichtstehungnahme der Gewerkschaftsführer, insbesondere wenn man bedenkt, daß durch das gute Verhältnis der politischen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft, solchen Gedanken nicht Raum gegeben werden dürfte, weil es bis vor kurzer Zeit noch verpönt war, in einer Versammlung der Genossen in Berlin Hinweise auf das Bestehen eines Konsumvereins oder sonst dergleichen etwas laut werden zu lassen.

Die Hauptargumente, die man anführte, waren immer die, daß durch das Genossenschaftswesen die Bewegung verflacht würde, daß die besten Parteigenossen der Agitation entzogen würden, und darunter die Gesamtbewegung der Sozialdemokratie leiden würde.

Wenn nicht in demselben Maße, so doch ungefähr stehen die Gewerkschaften bei einzelnen Genossen auch noch angeschrieben, denen die politische Bewegung alles, das andre — Gewerkschaften und Genossenschaften — nichts ist. Wenn die Gewerkschaften auch nicht ganz denselben Standpunkt einnehmen gegenüber den Genossenschaften, so kann aber ein Eintreten für dieselben nirgends erblickt werden.

Sehen wir uns nun einmal das Ländchen an, wo die Konsumvereine am besten bei uns gedeihen, wir meinen Sachsen, wo man sehr erfreuliche Resultate erzielt hat, und wenn wir weiter die Erfolge daneben stellen, welche Sachsen in bezug auf die Wahlschlacht am 16. Juni gezeitigt, so dürfte der Beweis erbracht sein, daß durch die Bewegung und die Agitation für die Konsumvereine auch nicht eine Stimme der Sozialdemokratie verloren ging. Betrachten wir dabei, daß die Gewerkschaften in Sachsen, trotz seines ausgesprochenen Industriecharakters verhältnismäßig schwach entwickelt sind, so liegt die Versuchung nahe, zu behaupten, daß gerade die Konsumvereine trotz ihres unpolitischen Charakters der Bewegung in Sachsen förderlich waren, insbesondere schon dadurch, weil die Mitglieder der Konsumvereine am ehesten in der Lage waren, die volksfeindliche und zolllustige Mehrheit des Reichstags richtig zu beurteilen.

Auch die Städte Breslau und Hamburg liefern denselben Beweis, und hat sich nicht in Berlin, wenn auch erst in letzter Linie, auch ein Boden gefunden, auf dem die Ideen der Genossenschaften äußerst fruchtbringend sein können. Es dürfte also widerlegt sein, daß die Kräfte für die Agitation verloren gingen, sowie auch das die Bewegung dadurch verflachen könnte.

Aber gerade dort, wo die Gewerkschaften gut entwickelt sind, dürfte ein Studium der Bewegung der Konsumvereine am Platze sein. Bislang wurde mit einem guten Recht gesagt, daß die Gewerkschaften so viele Gebiete noch zu bearbeiten haben, daß sie an solche Sachen nicht herangehen können. Wir geben das unumwunden zu. Vieles ist noch zu bearbeiten, ehe alles dasjenige erreicht ist, was zu erkämpfen unsere Pflicht ist. Wir haben aber auch im Laufe der Jahre viele Mittel in Erwägung gezogen, darüber gestritten, ob sie uns im gewerkschaftlichen Kampfe nützen können oder nicht. Wir erinnern nur an das Unterstützungswesen, die Tarifverträge und andres mehr. Mit der Zeit wurden diese Dinge als Mittel zum Zweck in die Rüstkammer der Gewerkschaften eingestellt, und man hat überall seine guten Erfahrungen damit gemacht.

ohne auch, daß das geringste der Befürchtungen, die man vorher hegte, eingetroffen wäre.

Der Zweck des Handels in jeder Form ist der Profit. Die großen Handelsgesellschaften erkennen den Wert der Organisation schon an, fast noch besser als der Arbeiter; sie schließen sich zusammen zu Ringen und Syndikaten, um einen hohen Preis der Waren zu erzielen. Auf diese Weise kann der Preis einer Ware beliebig hoch angelegt werden, denn der bezahlen muß, ist der Konsument, da der Zwischenhändler auch sein bestimmtes verdienen will. Wir müssen uns verlagern, hier das System ausführlich zu behandeln und wollen nur Goldkörner austreuen, die zum Nachdenken anregen sollen. Vom Standpunkt des Lohnarbeiters und besonders des gewerkschaftlichen organisierten Arbeiters dürfte es nicht schwer zu begreifen sein, daß wir alle Ursache haben, über den Wert unrer Kaufkraft uns klar zu werden, ob es gleichgültig ist, wie ich mein sauer verdientes Geld in gute Ware, gute Kleidung und Wohnung umsetze. Wer ob ich darüber nachdenke, ob ich für mein Geld gute Ware, billige Ware, gute Kleidung erhalten kann. Auch die Forderungen des sozialdemokratischen Programms, Umwandlung der Warenproduktion in eine sozialistische durch und für die Gesellschaft müßten dem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter das Bewußtsein beibringen oder wenigstens den Gedanken nahe legen, daß die Gewerkschaften dazu berufen sein können, Hand in Hand mit der Entwicklung des genossenschaftlichen Gedankens, einen großen Faktor bilden zu können in der Erstrebung dieses Ziels. Kürzlich wurde der Genosse Bebel im Reichstage gefragt, wie er sich den Zukunftsstaat denke, worauf unser Alter ganz gut geantwortet hat, aber auch der verstorbene Liebknecht hat schon gesagt, daß wir in den sozialen Staat hineinwachsen. Im besonderen läßt sich das auch in der Produktion nachweisen. Im allgemeinen sind die Erfolge der englischen Genossenschaftsbewegung zu wenig bekannt und besonders diejenigen auf dem Gebiete der Produktion. Es mangelt uns der Raum, auch nur einigermaßen darauf mit Beweisen einzugehen und können wir aber heute sagen, daß viele Tausende von Arbeitern in England in der Eigenproduktion für die Konsumvereine beschäftigt sind, daß u. a. eine vollständige Schiffsflotte besteht aus neun Dzeantampfern, die die Rohmaterialien u. dergl. befördert. Und wenn wir bedenken, daß die Grundlage zu solchen großen Werken von armen Leuten, von armen Weibern, den redlichen Pionieren von Rochdale im Jahre 1843 erst gelegt wurde in einem kleinen Laden, armfelig ausgestattet, und sich jetzt viele Paläste an allen Orten Englands erheben, die Zeugnis ablegen von der richtigen Verwertung der Kaufkraft, so dürften auch wir zu der Ueberzeugung kommen, daß es wünschenswert wäre, auch bei uns auf diesem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt vorwärts zu kommen. Vorwärts zu kommen durch eigene Kraft, durch die Organisation der Kaufkraft in den Konsumvereinen. Es mag der heutigen Bewegung noch vieles anhaften, was nicht wünschenswert erscheint, dieses läßt sich aber durch die Mitarbeiterchaft der gewerkschaftlichen organisierten Arbeiter beseitigen. Sowie nun die Gewerkschaften berufen sind, vornehmlich materielle Fragen zu lösen, praktische Reformen im Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, so sind die Konsumvereine ein notwendiges Bedürfnis für die richtige Verwertung der Kaufkraft und vereint mit der großen politischen Bewegung der Arbeiterschaft, dürfte diese Dreieinheit dazu führen, den ungeunden, nur Eigeninteressen dienenden Gegenwartsstaat durch einen andern Staat zu ersetzen, in dem die Arbeit zu ihrem vollen Rechte kommt, in dem das Endziel der sozialistischen Bewegung in Wahrheit zur Verwirklichung gelangt.

Der Kampf in Crimmitschau beendet.

Die Leiter der Bewegung in Crimmitschau haben durch eigenen am 18. d. M. gefaßten Entschluß den Kampf abgebrochen. Die gegenwärtige Lage der kämpfenden Arbeiter von Crimmitschau war nichts weniger als schwierig oder gar verzweifelt. Wenn dennoch der Kampf jetzt abgebrochen worden ist, so ist sicher, daß entscheidende Gründe die zunächst an Ort und Stelle Verantwortlichen dazu bestimmt haben. Die Arbeiter in Crimmitschau wußten, daß die materielle Hilfe ihnen auch weiterhin nicht fehlen werde, aber sie scheinen zu der Ansicht gelangt zu sein, daß der Kampf nicht in ungewisse Zukunft fortgeführt werden dürfe, weil das Unternehmertum ganz Deutschlands den Kampf zu einer Wachtprobe zwischen Kapitalistenklasse und Sozialdemokratie fällte und durch Hergabe gewaltiger Geldmittel die Fabrikanten von Crimmitschau auf unbestimmte Zeit in die Möglichkeit des Widerstands setzten.
(Vorwärts.)

Abrechnung vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1903.

Einnahme:	
Einnahmen an Beiträgen, Mai- u. Delegiertensteuermarken, Material, Diverses, Abonnement und Inserate des Steinarbeiters	41 094,24 M.
Ausgabe:	
Streikunterstützung	3180,20 "
Reiseunterstützung	1678,80 "
Mahregelungsunterstützung	140,00 "
Rechtsschutz	252,73 "
Umzugskosten	200,00 "
Agitation	1380,15 "
Druckkosten	1959,36 "
Porto	589,45 "
Gehälter	1350,00 "
Revisionen und Vorstandssitzungen	83,80 "
Bureau-Ausgaben (Miete u. f. w.)	849,41 "
Beitrag an die Generalkommission	600,00 "
Beitrag an die Zentralkommission für Bauarbeiterchutz	160,00 "
Diverse Ausgaben (diverse Waren, Versicherungsbeiträge, Zeitungen)	160,47 "
Summa:	12 584,38 M.
Bilanz:	
Einnahme	41 094,24 M.
Ausgabe	12 584,38 "
Bestand	28 509,86 "

Leipzig, im Januar 1904. Fests Lange, Kassierer.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Eberfeld. Die Reiseunterstützung wird bei D. Gutgefell, Plateniusstraße 20, ausbezahlt.

Bremen I. Der Steinmetz Clemens Sprafomsky, geb. den 8. Juni 1888 zu Düsseldorf (Verb.-Nr. 13688) ist von hier abgereist, ohne sich abzumelden. — Ferner ist der Steinmetz Oskar Frederiksen, geb. den 11. Juni 1867 zu Kopenhagen (Verb.-Nr. 14870) von hier abgereist und hat sein Buch hier liegen lassen.
Karl Bollborn, Kassierer.

Meißen. Folgende Kollegen sind wegen rückständiger Beiträge geirriden worden: Richard Egert, geb. den 24. Februar 1878 (Verb.-Nr. 6534); Bruno Fehrmann, geb. den 15. Februar 1868 (6519); Paul Janke, geb. den 31. August 1876 (6549); Max Richter, geb. den 3. Februar 1881 (6582); Albin Reich, geb. den 8. Oktober 1862 (6506); August Gülbner, geb. den 12. Juli 1852 (6557); Adolf Kühner, geb. den 26. April 1859 (6568); Ernst Bauer, geb. den 11. Febr. 1865 (6556); Friedrich Pörsch, geb. den 1. Juni 1865 (7126); Friedrich Stibler, geb. den 14. Januar 1859 (6560); Hermann Klafschke, geb. den 3. März 1879 (6539); Johann Schöffinger, geb. den 29. Juni 1849 (6554); Otto Rülker, geb. den 10. Januar 1871 (6531); Paul Bruntig, geb. den 10. März 1880 (6558); Ernst Balthasar, geb. den 28. März 1874 (6567); Emil Adler, geb. den 14. Dez. 1875 (13870); Traugott Kubisch, geb. 21. Mai 1882 (6540); Oskar Mehner, geb. den 3. August 1855 (6579); Robert Dietrich, geb. den 5. August 1867 (6574).

NB. Die meisten sind Schleifer und haben schon seit dem Streit nichts mehr bezahlt.

Oskar Kunad, Kassierer.

Ulm a. Donau. Von hier abgereist, ohne ihre Bücher in Ordnung gebracht zu haben, sind folgende Steinmetzen: August von Au von Engweihingen, geb. den 24. September 1876 (Verb.-Nr. 19191); Christoph Buchenhofer von Schnaitheim, geb. den 20. Oktober 1877 (19205); Theodor Baumann von Frischbach, geb. den 26. Juni 1877 (19207); August Dreher von Obersteinfeld, geb. den 4. April 1882 (19212); Karl Münz von Heiglhing (D.-A. Gaildorf), geb. den 15. März 1866 (20836); Joseph Baumbusch von Stockheim, geb. den 25. April 1884 (24153).
Aug. Frank, Kassierer.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 11. bis mit 16. Januar 1904.
A. B., Beitrag 33,30, Delegiertensteuer 12,70, Eintrittsmarken 1.—; Potsdam, 4. Qu. 6,60, Beitrag 64.—; Herford, 4. Qu. 2,40; Freising, 1. Qu. 0,90; Ulm, 4. Qu. 27.—; Straßburg, 3. Qu. 25,80, Beitrag 98.—; Köln, 1. Qu. 1,80; Gröttschenreuth, 4. Qu. 6.—, Beitrag 242,48, Eintrittsmarken 0,50, Delegiertensteuer 0,25; Erfurt, Beitrag 177,80; Düsseldorf, 4. Qu. 20,40; Hannover, Beitrag 64.—; Bensheim (Rongrab) 10.—; Bremen II, 4. Qu. 18.—, Op. Ital. 0,75, Erlagsmarke 0,25, Delegiertensteuer 1.—, Beitrag 202,24; Löbejün, Streikunterstützung 7,25, Eintrittsmarken 2.—, Beitrag 20,95; Erfurt, Beitrag 25.—; Untergimpeln, 1. Qu. 0,90; Aue, 4. Qu. 21,60; Unsen, Beitrag 84.—; Mannheim, Hauptbuch 2,50, Geich. d. Org. 1,20, ? 1,80 (Eberbach); Heilbronn, Beitrag 2,40; Herbst, 1. Qu. 0,90; Hurgurg, 4. Qu. 2,40, Beitrag 18,20; Berlin (Gleditsch), 1. Qu. 0,90; Greifswald, Beitrag 25,20; Wismar, 4. Qu. 0,90; Lönning, Beitrag 3.—; Segau-Lösch, Beitrag 16,32, Eintrittsmarken 2.—, Delegiertensteuer 1.—; Augsburg, Beitrag 33,62, Delegiertensteuer 2,25, Eintrittsmarken 0,50; Rothmaising, 1. Qu. 3.—; Völsburg, 4. Qu. 4,20; Gäßlich, 4. Qu. 20,40, Beitrag 186,76, Eintrittsmarken 5,50, Delegiertensteuer 2,50; Mühlhausen i. Gl., 3. u. 4. Qu. 88,20; Straßburg, Delegiertensteuer 18.—, Erlagsmarken 1.—; Breslau, Beitrag 23.—; Hoyerwerba, Beitrag 3,10.
Felix Lange.

Briefkasten.

Leipzig (Sachsen). Es ist alles bezahlt.
Stämpfl. Die Adresse lautet: R. Kolb, Zürich, Postabz. straße 18.
Winkel, Sr. Die Postabkommen kennen wir nicht. Die Adresse lautet: Sylvester Bachmann, Frankfurt a. M., Rohrba. straße 40.
St. Margarethen, Sautner. 1. Quartal 1,30 M.
L'Operale Italiano erscheint erst mit nächster Nummer.

Anzeigen.

Hobelbandstahl in vorzüglichster Qualität
Starke Steinbauerbleistifte
echt Reichsdachisches Fabrikat
Steinbauerbesen mit und ohne Griff, aus bestem Material
empfiehlt zu billigsten Preisen
Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. S., Bernsdorfer Str. 32.

Todes-Anzeigen.

Am 2. Januar starb unser Kollege
Franz Leonhardt
im Alter von 33 Jahren an der Berufskrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Zahlstelle Bunzlau.

Am 10. Januar verstarb nach langer Krankheit
von 2 1/4 Jahren unser werter Kollege
Andreas Zahn
im 46. Lebensjahre an der Berufskrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Zahlstelle Hamburg I.

Am 10. Januar starb unser Kollege, der Steinmetz
Karl Alexander Möckel
aus Copitz bei Pirna
nach 1 1/4 jährigem Leiden im Alter von 34 Jahren
an der Berufskrankheit.
Leicht sei ihm die Erde!
Die Organisation der Steinarbeiter von Dresden
und Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Wittenberg.